

Sozialdemokratischer Pressedienst

Leitender und Chefredakteur:
Erich Hilringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönitz 4294-4295



Abteilung für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 2 01, Zehn-Sonnen-Platz 6
Telefon: Central

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund behördlicher Genehmigung erlaubt. Änderungen vorbehalten. 4 Seiten
nur bei Abonnenten, wenn nicht anders vermerkt ist. Abbestellen im letzten Heft des Jahrs.

Berlin, den 15. März 1932.

Schluss jetzt !

Int. Institut
Sec. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Wir veröffentlichen nachstehend die Zuschrift eines Republikaners, deren Inhalt sich nach unseren Informationen aus dem Lande mit der Auffassung grosser Bevölkerungsteile deckt. Insofern empfehlen wir die Zuschrift den Regierungen zur besonderen Beachtung.

Die Gesamtheit des deutschen Volkes hat am 13. März mit überwältigender Mehrheit den Generalangriff der Faschisten abgeschlagen. Nahezu zwei Drittel aller Wählenden stehen - selbst wenn man die Stimmen des deutschnationalen Kandidaten Dusterberg denen der Faschisten hinzurechnet - gegen Hitler.

Vor der Wahl war in einer endlosen Flut von nationalsozialistischen Flugblättern und Zeitungen immer wieder zu lesen: "Hitler der Reichspräsident.... es gibt keine Diskussion mehr darüber... wir haben bereits gesiegt!" Es ist anders, ganz anders gekommen, als die vielen kleinen und grossen Anwärter des Dritten Reiches es "heissen und sehnsuchtsvollen Herzens" - wie Herr Joseph Goebbels sagte - erwartet haben: Das Vabanquespiel der nationalsozialistischen Hasardeure, die ihre letzte Karte auf die Dummheit der proletarisierten Kleinbürger und der Arbeitermassen gesetzt hatten, ist trotz zügel- und gewissenlosester Agitation, trotz des unsäglich wüsten und vor gemeinsten Beschimpfungen nicht zurückschreckenden Lügenfeldzuges, der gegen die achtungswürdige Gestalt des greisen Reichspräsidenten ausgerechnet von denen entfesselt worden ist, die im letzten Augenblick durch den Mund ihres "Führers" nach der Ritterlichkeit ihrer Gegner riefen, klar und unabänderlich misslungen.

Jetzt gilt es, den zweiten Schlag zu führen! Es genügt nicht, dass man den Aposteln des Bürgerkrieges ihre Niederlage lediglich bescheinigt. Man lasse den vielen Worten endlich Taten folgen! Solange Herr Hitler ungestört fortfahren darf, seine braune Bürgerkriegsarmee durchzuorganisieren und die "rauen Kämpfer" seiner Sturmabteilungen in sogenannten SA-Heimen gegen Lohn, Kost und Unterhalt zu kasernieren, um sie jederzeit für die Zwecke der Parteileitung verfügbar zu haben, solange man sich nicht entschliesst, gegen die privatmilitaristischen Umtriebe der NSDAP, gegen ihre Automobil- und Fliegerkorps, Nachrichten- und Motorradtruppen, Sanitätswachen, Feldzeugmeistereien und ähnlich rein "sportlichen" Organisationen einen entscheidenden und vernichtenden Schlag zu führen, solange man die deutsche Arbeiterschaft durch eine an's Sture grenzende Toleranz gegenüber den Gegnern dieses Staates zwingt, politische Abwehrorganisationen zu formieren, um von den faschistischen Horden nicht vergewaltigt und politisch entmündigt zu werden, solange wird es in Deutschland keine Konsolidierung des innerpolitischen Lebens geben können und solange wird es nicht möglich sein, den innerpolitischen Kampf auf eine gesunde, anständige und sachliche Basis zurückzuführen. Es gilt ferner

in Deutschland ein öffentliches Staatsinteresse zu schaffen, das sich mit Abscheu und Schärfe dagegen wendet, dass ein im Kerne zweifellos gesunder Teil der deutschen Jugend in den Händen gewissenloser Rohlinge zum Hass gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung aufgeputscht wird. Ja, solange man diese Jugend in den Händen von Menschen lässt, die auf sittlichem und moralischem Gebiet, wie Röhm, der Femeleutnant Heines und andere, als zweifelhaft-Existenzen angesprochen werden müsse, solange wird es kaum möglich sein, die heranwachsende Generation restlos zur Achtung vor diesem Staate, seinen Führern und seinen Machtmitteln zu erziehen.

Man mache endlich Schluss mit diesem unsagbar beschämenden Rummel! Oder glaubt man in den Regierungen des Reiches und der Länder, dass man fortfahren darf, gerade diejenigen Teile des deutschen Volkes, die sich immer wieder unter Einsatz ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Existenz in unerschütterlicher Treue für diesen Staat geschlagen haben, weiterhin zu einer auf die Dauer aufreibenden und verbitternden Toleranz zu zwingen? Die deutsche Arbeiterschaft erwartet, dass die Regierungen nun endlich mit aller Schärfe zupacken. Man räuchere den privatmilitaristischen Unruheherd der NSDAP mit brutaler Gewalt aus, und es wird bald keine Diskussion mehr darüber geben, ob der politische Weg Deutschlands weiterhin blindlings dem Gespenst des Bürgerkrieges entgegenführt!

Noch ist die Aufgabe der Eisernen Front keineswegs gelöst! Es wird alles darauf ankommen, die neuen Formationen der deutschen Arbeiterschaft und der republikanischen Verbände so zu stärken, dass es im Ernstfalle gelingt, die Rebellen gegen Staat und Ordnung auch ohne den gleichzeitigen Einsatz der staatlichen Machtmittel niederzuknüppeln. Wir Republikaner wollen nicht, dass der Kampf zweier Systeme auf der Strasse entschieden wird! Aber niemand kann es uns verwehren zu den gleichen Mitteln zu greifen, wenn die machtpolitische Führung des Staates versagt und die Gegner der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sich anschicken, eine gewaltsame Entscheidung herbeizuführen!

SPD. Hamburg, 15. März (Eig. Drahtb.)

Die nationalsozialistische Fraktion hat in der Hamburger Bürgerschaft einen Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft eingebracht. Ueber den Antrag wird frühestens am 23. März eine Entscheidung herbeigeführt werden können. Ob die Hamburger Bürgerschaft dem Antrage zustimmt, lässt sich, zumal nach dem kommunistischen Misserfolg am 13. März, noch nicht übersehen. Für den Fall der Annahme des Antrages ist damit zu rechnen, dass Hamburg, das erst am 27. September 1931 gewählt hat, gemeinsam mit Preussen Neuwahlen durchführen wird.

SPD. Von einem eingeschriebenen Mitglied der NSDAP in Köln ging uns dieser Tage ein "Offener Brief an Adolf Hitler" zu, den wir nachstehend veröffentlichen. Aus dem Begleitschreiben zu diesem "Offenen Brief" geben wir folgende charakteristische Stellen wieder:

"...Sind Sie bereit, auch Ihrem polit. Gegner zu helfen?? - Ich wäre Ihnen verbunden und dankbar, wenn Sie meinen Offenen Brief beschleunigt veröffentlichen würden. Keine NSDAP-Zeitung nähme meinen Brief auf und so kann ich nur über ein Nichtnaziblatt meine Bitte vorbringen. Ich wäre dankbar, wenn mein Name mit Ort nicht mitabgedruckt würde, denn es gibt leider verrohte SA-Leute, die mich totschlagen würden. Vielleicht schreiben Sie: Mit ausgezeichneter Hochachtung..... folgt Unterschrift eines rheinischen Kaufmanns aus dem Mittelstand, dessen Name bekanntzugeben für uns nicht erforderlich erscheint. Wenn es Ihnen gelingt, den "Fall Hptm. Röhm" zu klären, erwerben Sie sich ein unendliches Verdienst um Sauberkeit und Reinheit."

Der Offene Brief an Hitler lautet folgendermassen :

"Als eingeschriebenes Mitglied der NSDAP und Vater dreier Söhne, von denen zwei der SA angehören und einer Mitglied der Hitler-Jugend ist, habe ich ein sehr berechtigtes Interesse, über die Partei und ihre führenden Männer volle Klarheit zu besitzen. - Seit Jahr und Tag veröffentlicht die sozialdemokratische Presse Briefe des Herrn Hptm Röhm, Ihres engsten Mitarbeiters, aus denen hervorzugehen scheint, dass Hauptmann Röhm nicht nur völlig gleichgeschlechtlich veranlagt ist, "schwuhl", wie man im Volksmund sagt, sondern sich auch homosexuell betätigt hat, im Inland (Berlin!) wie im Ausland (Bolivien). -

Sind Sie bereit, Herr Hitler, unverzüglich diese Behauptungen nachprüfen zu lassen, damit die Öffentlichkeit erkennt, was an diesen Behauptungen wahres ist? - Sie können sich denken, dass kein deutscher Mann Ihnen seine Stimme geben würde, wenn Sie, der Sie in Ihrem "Völkischen Beobachter" immer wieder gegen die Aufhebung des § 175 des Strafgesetzbuches schreiben liessen, einen homosexuellen Stabschef auch nur noch einen Tag im Dienste belassen. - Wissen Sie, was ein homosexueller Vorgesetzter in quasi - militärischen Formationen bedeuten kann, welche Gefahr zur Verführung von Untergebenen er bedeutet? -

Oder ist Ihr Nichteingreifen so zu deuten, dass Sie, Herr Hitler, durchaus damit einverstanden wären, wenn einer Ihrer nächsten Mitarbeiter von Zeit zu Zeit abends statt einer Frauensperson einen hübschen jungen Mann mit ins Bett nehmen würde, um sich mit ihm zu amüsieren? - Man sagt, dass Sie Hptm. Röhm vollkommen decken und beschützen, aber ich kann nicht annehmen, dass Sie selbst ähnliche Neigungen haben, wie behauptet worden ist und nur darum schweigen müssten, weil Hptm. Röhm von Ihnen mancherlei zu berichten wüsste... Wie dem auch sein mag, Herr Hitler, antworten Sie bald, denn Tausende von jungen Männern und Hunderttausende von Vätern wollen Klarheit haben, wie es um Hptm. Röhm steht."

SPD. Dresden, 15.März (Eig.Drahtb.)

Ein für die Harzburger Parteien wenig erfreuliches Nachspiel zur Reichspräsidentenwahl trug sich am Dienstag in der Sitzung der Sächsischen Landwirtschaftskammer zu. Die Nationalsozialisten hatten den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer Vogelsang (Landbund-Partei) unter Führung des Nazi-Vizepräsidenten Körner in einem Wahlflugblatt schwer beleidigt. Vogelsang legte deshalb in einer Vorstandssitzung sein Amt als Präsident der Kammer nieder. Seine Fraktion brachte einen Misstrauensantrag gegen Körner ein. Um dem zuvorzukommen, legte Körner schleunigst sein Amt nieder. Nachdem von der Gegenpartei gegen Körner eine Erklärung verlesen worden war, wurde die Sitzung vertagt.

SPD. Hannover, 15.März (Eig.Drahtb.)

Die Pressestelle des Oberpräsidiums Hannover teilt mit: Im Kreise Einbeck ist ein nationalsozialistischer Waffentransport auf dem Wege zum Ortsgruppenführer der NSDAP in Immensen polizeilich beschlagnahmt worden. Zu den Waffen gehörten 5 Gewehre Modell 98, 80 Stahlhelme, 18 neue Tornister mit Lebensmitteln für 2 Tage, 200 Infanteriepatronen, 1000 ccm Sprengstoffmunition mit 2 Zündschnüren. Die Tornister waren mit Namen ausgezeichnet auf Nationalsozialisten in Ortschaften des Kreises Einbeck. Beamte der hannoverschen Landeskriminalpolizei haben inzwischen weitere mehrere tausend Schuss Infanteriemunition im Besitz Einbecker Nationalsozialisten festgestellt und beschlagnahmt. Es sind auch noch weitere Stahlhelme gefunden worden. Von den 34 Mann,

die dem Einbecker SA-Trupp angehören, waren, wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, 28 mit Stahlhelmen ausgerüstet. Durch die polizeilichen Ermittlungen ist ferner festgestellt worden, dass der gesamte SA-Trupp Anweisung erhalten hatte, sich am Sonntag nach der Beteiligung an der Wahl ausserhalb Einbecks in Immensen zu sammeln.

Die vernommenen SA-Leute haben zugegeben, dass sie gegebenenfalls entschlossen gewesen seien, von den Waffen, die sich in ihrem Besitz befanden, Gebrauch zu machen.

SPD. In Laasphe (Westf.) wurde der fürstliche Gärtner a.D. Erich Knebel wegen Vergehens gegen Paragraph 175 verhaftet.

Knebel war Führer der NSDAP in Laasphe sowie Turnwart im "Laaspher Turnverein" und als solcher Führer der männlichen und weiblichen Jugendgruppen. Ausserdem führte er die Pfadfinder- und Wandervogel-Jugendgruppe. In dieser Eigenschaft hat sich Knebel seit dem Jahre 1929 fortgesetzt schwere sittliche Verfehlungen an minderjährigen Knaben zuschulden kommen lassen. In seiner Wohnung, einem Nebengebäude des fürstlichen Schlosses in Laasphe, trieb er mit den Kindern unzuchtige Handlungen. Ausserdem hat Knebel mehrere Knaben in sadistischer Weise geschlagen.

Als "Führer" der Laaspher Ortsgruppe der NSDAP hat Knebel einen schmälichen Lügen- und Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer entfacht. Unter der Laaspher Bevölkerung herrscht grosse Empörung gegen den Verführer und Verleumder. Die Väter der geschändeten Knaben wollten ihn lynchen. Inzwischen hat Knebel die ihm zur Last gelegten Verfehlungen restlos zugegeben.

+ + +

Das System Röhm macht innerhalb der NSDAP immer mehr Schule. Trotzdem hat Hitler bisher keinerlei Anstalten gemacht, die Jugend in der SA wenigstens für die Zukunft vor dem römischen System zu bewahren. Er selbst wird am besten wissen warum.

SPD. Frankfurt/M., 15. März (Eig. Drahtb.)

In Offenbach haben, wie sich nachträglich herausgestellt hat, 5 500 ehemalige Brandlerkommunisten für Hindenburg gestimmt, obwohl ihre offizielle Parole Thälmann lautete. Die Thälmannen haben diese Stimmenabgabe selbst dadurch herbeigeführt, dass sie wenige Tage vor der Wahl einen grossen Ueberfall auf die Offenbacher KPO-Leute organisierten, bei dem es beiderseits tüchtig Schläge gab.

SPD. Köln, 15. März (Eig. Drahtb.)

Ein Wahlvorsteher in Köln hat dem Wahlamt der Stadt Köln in einem Schreiben mitgeteilt, dass er sechs Männer mit jüdisch klingendem Namen nicht zur Wahl zulassen konnte, weil sie nicht in der Wählerliste standen, obwohl sie seit Jahren in dem Wahlbezirk wohnen. Der Schreiber spricht die Vermutung aus, dass einzelne Personen, die mit dem Abschreiben der Wählerlisten beschäftigt wurden, nicht ohne Berechnung jüdische Namen weggelassen haben.

Diese Beobachtung des Wahlvorstehers in Köln ist einer Nachprüfung wert. Vielleicht sind auch in anderen Städten ähnliche Beobachtungen gemacht worden.

SPD. Der Vernehmungsrichter im Berliner Polizeipräsidium hat am Diensta-
gegen den Polizeileutnant Carl Lange und gegen den Polizeioberwachtmeister
Hans Schultz-Briesen wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verdunkelungsgefahr
Haftbefehl erlassen. Gegen die Bräut des Polizeioberwachtmeisters Schultz-
Briesen, die beim Schrader-Verband tätige Buchhalterin Müller, die ebenfalls
festgenommen worden war, wurde ein Haftbefehl nicht erlassen.

SPD. Paris, 15. März (Eig. Drahtb.)

Die bisherige Besserung der französischen Aussenhandelsbilanz, die auf-
grund der Kontingentierungsmassnahmen in den letzten Monaten festzustellen
war, hat im Monat Februar einer Verschlechterung Platz gemacht. Aus der am
Dienstag von der Generalzolldirektion veröffentlichten Statistik über den
französischen Aussenhandel im Februar ergibt sich ein Einfuhrüberschuss von
331 Millionen Francs, während im Januar nur ein Defizit von 534 Millionen
zu verzeichnen war.

SPD. Die Herren der Harzburger Front liegen sich weiter in den Haaren.
Als Hitler sich am Montag nach der Niederlage selbstherrlich auch für den
zweiten Wahlgang als Reichspräsidentenschafts-Kandidat nominierte, hatte er
die stille Hoffnung, dass Hugenberg und der Stahlhelm für ihn mitmachen wür-
den. Mit dieser Hoffnung ist es, wenigstens was den Stahlhelm anbetrifft,
bereits aus. Der Stahlhelm lässt nämlich offiziell mitteilen, dass er sich
unter keinen Umständen einer nationalsozialistischen Parteikandidatur unter-
werfen werde. Der hereingefallene Präsidentschaftskandidat Hitler erhält
also im zweiten Wahlgang nicht einmal die Duesterberg-Stimmen. Trotzdem redet
er seinem Anhang weiter ein, dass er schliesslich doch siegen werde, Und es
gibt wirklich Dämliche genug, die dem ewigen Phraseur noch glauben.

SPD. München, 15. März (Eig. Drahtb.)

Der Hitleranwalt Dr. Luetgebrune, der durch seine fetten Honorare in
rechtsradikalen Bauernprozessen unrühmlich bekannt geworden ist, hat vom
Oberlandgericht München eine Entscheidung für den schwulen bolivianischen Ober-
leutnant Röhm erwirkt. Diese Entscheidung erklärt die 175. Briefe Röhm's für
vertraulich und billigt ihnen deshalb den Schutz vor Veröffentlichung dann
zu, wenn die Veröffentlichung lediglich zu dem Zwecke geschieht den Verfasser
in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Auch ein politisches Interesse gebe kein
Recht auf Missachtung der persönlichen Schutzrechte des Gegners; selbst der
Wahlkampf müsse mit möglichster Beiseitelassung der Privatsphäre der politi-
schen Gegner geführt werden. Eine Weiterverbreitung oder den Neudruck der Röhm
Briefe müsse deshalb verboten und unter Strafe gestellt werden.

+ + +
Diese Entscheidung des Oberlandgerichts München straft zugleich Röhm,
die gesamte Hitlerpresse und den braunschweigischen Naziminister Klagges,
Lügen. Als die Briefe des Herrn Röhm, die inzwischen weitestem Publikum be-
kannt geworden sind, veröffentlicht wurden, haben Röhm, seine Presse und Herr
Klagges von einer "Verleumdungshetze" der sozialdemokratischen Presse gespro-
chen und zwar scheute Herr Klagges nicht einmal vor dem Versuch zurück, diese
"Verleumdungshetze" wider besseres Wissen und unter Amtsmissbrauch in einem
sozialdemokratischen Blatt feststellen zu lassen. Aber es blieb bei dem Ver-
such von Nazi-Klagges, weil ihm der sozialdemokratische "Volksfreund" in

Braunschweig etwas pfiff und den Abdruck seiner Auflage-Nachricht ablehnte. Jetzt bescheinigt Herr Klagges und seinem Schützling ein höheres bayerisches Gericht, dass nicht wir sondern sie "Verleumdungshetze" getrieben haben; denn wie sich aus der Entscheidung des Oberlandgerichts München ergibt, sind die veröffentlichten Briefe echt. Infolgedessen konnten nicht wir verleumden, sondern die, die die Echtheit der Briefe bestritten haben und uns darum beschimpften.

Im übrigen können wir der Entscheidung des Oberlandgerichts nicht folgen. Die Briefe des Herrn Röhm waren zwar nicht ausdrücklich für die Öffentlichkeit bestimmt, sie sind aber auch nicht vertraulich geschrieben worden. Wir hatten an sich nicht die Absicht sie nochmals zu veröffentlichen, sodass die Entscheidung des Münchener Gerichts für uns keine praktische Bedeutung erlangt. Aber dass wir im öffentlichen Interesse immer wieder auf diese Briefe hinweisen und zeigen, in welchen Klauen sich die SA-Jugend unter Billigung von Hitler heute befindet, kann uns kein Gericht verwehren. Dass Röhm homosexuell ist und insbesondere die schwarzen Neger liebt, ist bekannt und kann von keinem Gericht für "vertraulich" erklärt werden.

SPD. Stuttgart, 15. März (Eig. Drahtb.)

Der Ältestenausschuss des württembergischen Landtags beschloss am Dienstag im Einvernehmen mit der Regierung, dass die Neuwahlen zum Landtag am 24. April stattfinden und der neugewählte Landtag am 10. Mai zu seiner ersten Sitzung zusammentreten soll. Das Mandat des alten Landtags läuft demnach am 9. Mai ab. Bis dahin ist er für etwa notwendige Beschlüsse der Volksvertretung zuständig.

+ + +
Bayern und wahrscheinlich auch Anhalt werden ebenfalls am 24. April wählen. Zwischen Bayern, Württemberg und der preussischen Staatsregierung war bereits vor Wochen eine Vereinbarung darüber erzielt worden, dass diese drei Länder ihre Parlamente an einem Termin neuwählen lassen.

SPD. Dresden, 15. März (Eig. Drahtb.)

In der Umgebung von Dresden ist es in den letzten Tagen mehrfach zu schweren Naziausschreitungen gekommen.

In Freital zogen etwa 100 Nazileute durch die Strassen der Stadt und rissen alle erreichbaren Plakate herunter. Ein Reichsbannertrupp von 40 Mann setzte den Nazis nach, um sie festzustellen. Als die Nazis in 200 Meter Entfernung die Reichsbannerleute erblickten, gaben sie durch Hornsignal das Zeichen zum Angriff. Da die Nazis Revolver in den Händen hatten und mit Schüssen drohten, gingen die Reichsbannerleute zurück. Auf dem Heimwege wurden die Reichsbannerleute plötzlich von den Nazis von hinten angegriffen und mit Eisenstangen, Stahlruten, Gummiknüppeln, Ketten und Zaunlatten geschlagen. In Gottleuba wurden Reichsbannerkameraden von einer Horde von 15 Nazis überfallen. Es fiel auch ein Schuss. Binnen kurzer Zeit kamen Nazitransporte aus Pirna. Die Wohnungen von Andersdenkenden wurden förmlich belagert, Fensterscheiben eingeschlagen, Türfüllungen eingetreten und darauf losgeschlagen und geschossen. Es gab Leicht- und auch einige Schwerverletzte.

SPD. Karlsruhe, 15. März (Eig. Drahtb.)

Im Badischen Landtag kündigten die Kommunisten am Dienstag die Einleitung eines Volksbegehrens auf die Auflösung des Landtags an, da die gegenwärtige Zusammensetzung des Landtages nicht mehr der Stimmung des Volkes entspreche. Merkwürdigerweise rückten die Nationalsozialisten von dieser Ankündigung ab und erklärten, sie hielten ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtages für aussichtslos.

SPD. Die Fraktion der Wirtschaftspartei des Preussischen Landtags hat am Dienstag einen bereits früher eingebrachten Antrag wieder aufgenommen, nach dem das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre heraufgesetzt werden soll.

Angesichts der Verhetzung unserer Jugend durch nationalsozialistische und kommunistische Agitatoren spricht manches für den Antrag. Er kann jedoch selbst für den Fall der Annahme im Preussischen Landtag nicht rechtswirksam werden, weil das Wahlalter in der Reichsverfassung festgelegt ist und Reichsrecht vor Landrecht geht. Insofern kann die von der Wirtschaftspartei geforderte Erhöhung des Wahlalters nur vom Reichstag mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Eine Möglichkeit dazu ist jedoch bei der Zusammensetzung des gegenwärtigen Reichstags nicht gegeben.

SPD. London, 15. März (Eig. Drahtb.)

Die Frau Gandhis, die vor 14 Tagen nach langer Haft auf freien Fuß gesetzt wurde, ist am Dienstag wieder verhaftet worden. Sie wurde sofort zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhaftung erfolgte in Bardoli, wo Frau Gandhi bereits früher gegen die Zahlung von Steuern Propaganda gemacht hatte.

SPD. Genf, 15. März (Eig. Drahtb.)

Die politische Kommission der Abrüstungskonferenz behandelte am Dienstag die politischen Vorschläge für die moralische Abrüstung. Es sind, wie der polnische Staatssekretär Scumlakowski darlegte, konkrete Entwürfe für internationale Verträge, in denen die Strafgesetzgebung, die Presse, die Jugend-erziehung sowie Radio, Film und Theater erfaßt werden sollen mit dem Zweck, Kriegshetze, Völkerhass und Misstrauen zu unterdrücken.

Ohne die Notwendigkeit solcher Abkommen zu bestreiten erklärte Litwinow jede moralische Abrüstung erst für möglich, nach dem Verzicht auf Rüstungen überhaupt. Die vorliegenden Vorschläge seien besonders im Anfang Steine auf dem Wege der Konferenz und dazu angetan, die Konferenz auf Nebengleise zu schieben. Nach Hendersons Versicherung, dass die Beratung der moralischen Abrüstung dem materiellen Abrüstungsziel der Konferenz nicht im Wege sein werde wurde ein Unterausschuss aus 20 Mitgliedern eingesetzt, der sofort die Reihenfolge der praktischen Vorschläge zur Durchberatung feststellte und beschloss, alle Vorarbeiten des Völkerbundes sowie die der Presseorganisationen heranzuziehen. Ueber den polnischen Antrag der Einberufung einer internationalen Konferenz aus Vertretern der Journalisten- und Verlegerorganisationen durch den Völkerbundsrat wird dieses Unterkomitee ebenfalls entscheiden. Deutschland enthielt sich bei allen Abstimmungen der Stimme, da es, wie Russland, der Auffassung ist, dass die Behandlung des ganzen Problems den Fortschritt der materiellen Abrüstungsarbeiten stören könne.

Der französische Ministerpräsident Tardieu hatte im Laufe des Dienstag eine Reihe von Unterhaltungen über die Pläne des Donau-Zusammenschlusses.

Trotz des geheimen Charakters dieser Zusammenkünfte wird bekannt, dass das Projekt sich als undurchführbar herausgestellt hat. Die Gegenwirkung Italiens, das eine Abtrennung von Ungarn befürchtet, scheint mit Deutschlands und Polens Vorstellungen den Ausschlag für das Scheitern zu geben. Man rechnet damit, dass Tardieu bereits am Donnerstag wieder nach Paris zurückkehrt.

SPD. Weimar, 15. März (Eig. Drahtb.)

Vor dem vom Thüringer Landtag eingesetzten Untersuchungsausschuss über Vorkommnisse bei der Thüringer Landespolizei waren am Dienstag als Zeugen geladen und erschienen: Stennes-Berlin, Hitler-München, Frick-München und der thüringische Landtagsabgeordnete der Nationalsozialisten Sauckel. Hitler und seine Komplizen fuhren in zwei Luxuswagen vor. In seiner Begleitung befand sich u.a. auch das Grossmaul Goebbels.

Verhandelt wurde über die Ernennung Hitlers zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen durch Frick sowie über die Auswahl der Anwärter für die thüringische Polizei durch die Gauleitung der Nationalsozialistischen Partei in Weimar. Den beiden Beamten, die von der Anstellung Hitlers zum Gendarmeriekommissar wussten, hat der Innenminister keine Aussagegenehmigung erteilt. Der Ausschuss verlangte jedoch, dass darüber ein Beschluss des Gesamtkabinetts herbeigeführt wird.

Stennes sagte aus, dass er mit der Berliner Zeitung, in der Hitlers Ernennung zum Gendarmeriewachtmeister zuerst gemeldet wurde, nichts mehr zu tun habe und infolgedessen die Quelle dieser Nachricht nicht wisse. Als er noch der Hitlerpartei angehört habe, sei er sehr oft nach München gekommen, und da habe man sich des öfteren über die Einbürgerung Hitlers unterhalten, schon wegen der Gefahr der Ausweisung. - Frick sagte aus, dass er schon 1929 in Bayern den Versuch gemacht habe, Hitler die Staatsangehörigkeit zu beschaffen. Der Versuch sei allerdings gescheitert. Als er dann Minister in Thüringen geworden sei, habe er alles versucht, um endlich die Angelegenheit zu bereinigen und dem Frontsoldaten Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit zu beschaffen. Im Frühjahr 1930 habe sich das Staatsministerium mit einer Kleinen Anfrage des staatsparteilichen Abgeordneten zu befassen gehabt, in der gefragt worden wäre, ob es richtig sei, dass Hitler durch Einstellung in den thüringischen Staatsdienst die Staatsangehörigkeit erhalten sollte. Ich hatte damals vor, so erklärte Frick wörtlich - Hitler zum Direktor der Weimarschen Kunsthochschule zu machen. Minister Baum äusserte jedoch seine Bedenken, dass man warten solle bis zum Sommer, wenn die Zeiten auf politischem Gebiet ruhiger geworden sind, wenn der Landtag nicht mehr tagt. Nach reiflicher Überlegung habe ich dann, während Minister Baum auf Urlaub war und ich ihn vertreten habe, ohne mit Hitler Fühlung genommen zu haben, Hitler zum Gendarmeriekommissar in Hildburghausen ernannt. Ich trage die volle Verantwortung allein hierfür und habe mich hierzu als Ressortminister berechtigt gehalten. Die Anstellungs-urkunde habe ich auf dem Gautag der Nationalsozialisten in Gera am 12. Juni 1930 Hitler überreicht. Ich wollte auch auf dem Gautag der Öffentlichkeit das bekannt geben, dass Hitler nunmehr deutscher Staatsangehöriger ist, aber Hitler war dagegen. Die Urkunde hat Hitler an sich genommen und sich die Entscheidung vorbehalten. Erst als Hitler in Leipzig vor dem Reichsgericht ausgesagt hat, dass er staatenlos ist, habe ich erfahren, dass Hitler von der Anstellungs-urkunde keinen Gebrauch gemacht hat.

Frick ist weiter der Meinung, dass die Anstellung Hitlers als Gendarmeriekommissar keine Scheinanstellung gewesen sei. Auf Befragen sagt er aus, dass er die von Hitler unterzeichnete Empfangsbestätigung zerrissen habe. Die Anstellungs-urkunde sei wahrscheinlich von Hitler auch zerrissen worden. Die Frage, ob er Hitler für fähig gehalten habe, den Posten eines Gendarmeriekommissars ohne Prüfung zu übernehmen, bejaht Frick.

Hitler bestätigt, dass er von Frick die Anstellungsurkunde in Gera auf dem Gauflag erhalten habe, nur könne er sich nicht mehr besinnen, ob er eine Empfangsbestätigung hierüber unterschrieben hat. Er, Hitler, habe gleich den Eindruck gehabt, als könne er das nicht annehmen, deshalb habe er die Urkunde in den nächsten Tagen zerrissen und verbrannt. Mit Frick habe er vor der Ausstellung der Urkunde nicht gesprochen. Hitler gibt ferner auf Befragen zu, dass er nie einen Antrag gestellt hat, deutscher Staatsbürger zu werden. Als er gefragt wurde, warum er sich nicht verbeten hat, dass krumme Wege zu seiner Einbürgerung beschritten wurden, brüllte er wie ein Besessener. Das gleiche Schauspiel wiederholt sich, als er daran erinnert wird, dass nach seiner eigenen Aussage in seiner Partei nichts ohne seinen Willen und ohne sein Wissen geschehe.

Als letzter Zeuge wird der nationalsozialistische Abgeordnete Sauckel vernommen, der zugibt, dass unter Frick die Gesuche um Einstellung in die thüringische Landespolizei erst an das Gaubüro der Nationalsozialisten geleitet wurden, um die Gesuchsteller auf ihre Parteizugehörigkeit zu prüfen.

SPD. London, 15. März (Eig. Drahtb.)

Im irischen Parlament wartete man am Dienstag mit Spannung auf die Ankündigung des politischen Programms des neuen Präsidenten de Valera. Man war vor allem neugierig darauf, welche Schritte de Valera in der Frage des Treueids unternehmen werde. Der Präsident enttäuschte jedoch seine Hörer. Er beantragte, dass sich das Parlament bis zum 20. April vertage. Die Verfassungsfrage wird also erst dann zur Sprache kommen.

SPD. München, 15. März (Eig. Drahtb.)

Der Verfassungsausschuss des Bayerischen Landtags ist zwecks Festsetzung des Termins für Neuwahlen zum Mittwoch einberufen. Bayern wird mit Preussen am 24. April neu wählen.

SPD. London, 15. März (Eig. Drahtb.)

Der englische Handelsminister erklärte am Dienstag im Unterhaus auf die Anfrage, ob die englische Regierung Vergeltungsmassnahmen gegen die deutschen Einfuhrbeschränkungen für englische Kohle plane, dass die beiden Regierungen in dieser Sache noch miteinander in Fühlung ständen. Man hofft in England immer noch, ein Entgegenkommen der deutschen Regierung erzwingen zu können.

Auf eine Anfrage, ob die Regierung den gegenwärtigen 7½-Studentag im Bergbau nach Ablauf des jetzt gültigen Gesetzes im Juli erneuern wolle, liess die Regierung erwidern, dass sie das Problem zunächst dem Kohlenbergbau selbst überlassen möchte. Sie wünsche Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Entsprechende Verhandlungen werden bereits demnächst beginnen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Geschichtsunterricht.

SPD. Ein Schüler eines Gymnasiums in Berlin-Friedenau hat sich erschossen, nachdem er durch die Reifeprüfung gefallen war. Er hatte die Ueberzeugung, das ihm bewusst schwerstes Unrecht zugefügt worden war und ging deswegen in den Tod. Um ihn trauert eine Mutter, deren Mann früh verstorben ist und die in schwerem Existenzkampf ihre Kinder erzogen und gefördert hat. Der Schüler wurde von seinen Lehrern auf das günstigste beurteilt. Warum ist er durchs Examen gefallen?

Seine Leistung in einer mündlichen Prüfung in Geschichte, die dreiviertel Stunde lang dauerte, wurde für ungenügend befunden. Es ist inzwischen bekannt geworden, wie diese Prüfung erfolgt ist. Der prüfende Oberstudiendirektor, der den Schüler mit Feindschaft verfolgte, ist während der Prüfung in solche Erregung des Hasses verfallen, dass er nach jeder Frage die Sekunden bis zur Antwort aufzählte. Hier erhält die Öffentlichkeit Einblick in die sadistische Quälerei eines jungen Mannes durch einen Lehrer, der nichts von einem Pädagogen an sich hat.

Wichtiger aber noch ist die Frage nach dem Inhalt dieser Prüfung. Der Schüler wurde nach Daten aus dem Weltkrieg gefragt. Er sollte Angaben machen über einzelne Gefechte, über beteiligte Formationen, selbst über Gefechtsstunden-Angaben, die wahrscheinlich kein Generalstabsoffizier machen könnte, ohne auf's Genaueste in der einschlägigen Literatur nachzuschlagen. Das lässt erkennen, dass der Geschichtsunterricht in diesem Gymnasium mit solchen Dingen ausgefüllt gewesen ist. Wir möchten wohl wissen, ob mit der gleichen Genauigkeit die Schüler dieses Gymnasiums über den Inhalt der Verfassung der Republik unterrichtet worden sind. Der Oberstudiendirektor, der den jungen Mann auf dem Gewissen hat, ist der frühere deutschnationale Landtagsabgeordnete Pflug, der bereits bei Verfassungsfeiern vor versammelten Schülern parteipolitische, gegen die Republik gerichtete Propaganda betrieben hat.

Wenn der Geschichtsunterricht in den Gymnasien der Republik solchen Händen anvertraut wird, und in solcher Weise erstattet wird, dann braucht man sich über die geistige Oede der heranwachsenden Jugend wie über ihre Verseuchung mit nationalsozialistischen Gedankengängen nicht mehr zu wundern. Es ist die Schuld der Republik selbst, dass sie solche Männer wirtschaften lassen, ohne reinen Tisch zu schaffen!

Die Tragödie des Schülers, der auf diese Weise in den Tod getrieben wurde, sollte dazu führen, dass mehr als bisher der nationalistische, um nicht zu sagen nationalsozialistische Geist in den Lehrkörpern der höheren Schulen bekämpft wird!

Betrug an Arbeitslosen.

An verschiedenen Orten werden Flugblätter verbreitet, in denen es heisst: "Erwerbslose, Ihr bekommt Arbeit! Arbeitnehmer, Ihr werdet nicht erwerbslos. Gewerbetreibende, Euer Umsatz wird erhöht! Unternehmer, Entlassungen werden unnötig."

Das ist kein nationalsozialistisches Flugblatt, aber es könnte es sein. Denn so ungefähr lauten die Versprechungen, die die nationalsozialistische Propaganda den Arbeitern auf der einen, und den Unternehmern auf der anderen Seite macht. Hier handelt es sich aber nicht um Politik, sondern um gewöhnlichen Betrug; denn mit diesen Versprechungen wird eine Organisation ange-

priesen, die sich den Namen "Selbsthilfeverband für Erwerbsbeschaffung" zugelegt hat. Der Hauptzweck der Organisation, die wahrscheinlich nur aus einem einzigen gerissenen Geschäftemacher besteht, ist es, die einmaligen Beitrittskosten in Höhe von 50 Pfg. und die Wochenbeiträge in Höhe von 25 Pfg einzukassieren. Den Erwerbslosen, die darauf hineinfallen, wird versprochen, dass sie spätestens innerhalb eines Jahres in eine feste Arbeitsstelle und zu einem Verdienst gelangen würden, der ihren Fähigkeiten und Leistungen entsprechen. Es sollen also die Erwerbslosen, die darauf hineinfallen, ein Jahr an der Nase herumgeführt werden und im Laufe dieses Jahres 13 Mark an den gerissenen Geschäftemacher einzahlen!

Das ist ein ähnliches Geschäft, wie es der famose Präsidentschaftskandidat Winter mit den Besitzern rotgestempelter Tausendmarkscheine aufgezogen hatte. Beide aber sind Waisenknaben gegen die Partei des Herrn Hitler. Die verspricht viel mehr und in grösserem Umfange und kassiert deswegen von den vielen Dummen, die auf sie hereinfallen, auch viel mehr ein! Dabei hat sie noch den Vorteil, dass ihr nichts geschehen kann. Der Herr Winter sitzt im Gefängnis, der Mann, der die Erwerbslosen mit seinem Selbsthilfeverband zu betrügen sucht, wird ebenfalls bald dort landen - aber die Partei des Herrn Hitler kann ihren Massenbetrug ungestraft durchführen.

Aus einer anderen Welt.

Die bürgerliche Presse hat ihre Sensation mit einer Prinzenheirat. Ein Enkel des Königs von Schweden hat "unstandesgemäss" geheiratet, er hat die Tochter eines Stockholmer Kaufmannes geheiratet und hat infolgedessen auf seine Titel und sein Recht auf die Thronfolge verzichten müssen, so dass er heute einfach Herr Bernadotte heisst. Der arme Prinz! Was macht ein einfacher Herr Bernadotte angesichts der schlechten Zeiten, wenn er sich nicht einmal mehr Sorgen um eine künftige Regierungstätigkeit zu machen braucht! Man sieht ihn schon samt der jungen Frau in einer Dachkammer sitzen und am Hungertuche nagen!

Es ist aber alles halb so schlimm. Der entprinzte Herr Bernadotte hat von seinem Grossvater das Schloss Mainau im Bodensee als Wohnsitz angewiesen erhalten, das nötige Geld ist auch vorhanden, so dass weder von Dachkammer noch von Hungertuch die Rede ist.

Wir finden, dass der junge Mann ein höchst beneidenswertes Dasein führt. Von den Sorgen, die heute junge Leute in seinem Alter durchzumachen haben, weiss er nichts, seine Zukunft liegt sicher vor ihm, keine Arbeitslosigkeit droht ihm. Er lebt in einer Welt, die mit der Welt der arbeitenden Menschen von heute nicht das Mindeste zu tun hat. Warum hat es dieser junge Mann, der nichts geleistet hat und nichts leisten wird, als dass er geboren wurde und eine Frau nahm, und der daneben noch ganz nett auf der Gitarre spielen soll, so viel besser als alle anderen jungen Männer in seinem Alter? Wenn er wenigstens noch der Sprössling eines Grosskapitalisten oder Grossfinanziers wäre, der darum bangen müsste, dass sich sein Vater eines Tages eine Kugel durch den Kopf schiessen muss, weil die Millionen von der Pleite verschlungen worden sind!

Die Existenzsicherheit, die die feudalistischen Ueberbleibsel aus einer anderen Zeit heute noch besitzen, ohne vom Strudel der Krise erfasst zu werden, und ohne die Nöte der Völker zu teilen, das ist die schreiendste Ungerechtigkeit. Wir würden dem jungen Herrn Bernadotte wünschen, dass er nicht nur ohne Prinzentitel, sondern auch ohne Geld als Erwerbsloser mitten in die Krise von heute gestellt würde! Aber mit dieser Welt haben er und seinesgleichen nichts zu tun. Sie leben in einer anderen Welt, bis eines Tages diese andere Welt endgültig beseitigt sein wird.

Aus aller Welt

Leoparden-Prozess.

SPD. Vom Erweiterten Schöffengericht Berlin-Schöneberg wurde der Kunstmaler Othegraven, dessen Leopard Nannosch die kleine zweijährige Erika Scharries zerfleischte, wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Am 22. Januar brachte ein Berliner Boulevardblatt die greuliche Schlagzeile: "Leopard zerfleischt Kind". Die Meldung log nicht: tatsächlich haben sich die jetzt vom Gericht diskutierten Vorgänge, wie sie sich in der Wohnung des Kunstmalers Othegraven ereigneten, so grauenvoll abgespielt. Der Leopard, den sein Besitzer nur an einem Halseisen befestigt hatte, riss sich plötzlich los, als die Portierfrau Scharries die Wohnung des Kunstmalers betrat; ihr Töchterchen trug Frau Scharries auf dem Arm. Zuerst stürzte sich Nannosch auf die Mutter und brachte ihr einige grössere Fleischwunden bei, dann auf die kleine Erika. Das Kind wurde von dem Tier regelrecht zerrissen. Auf die Entsetzensschreie der Mutter eilte der Portier Scharries hinzu und betäubte das rasende Tier durch einige wuchtige Schläge mit einem Hammer.

Nannoschs Lebenslauf...

Der Angeklagte Maler schilderte sein Leben. Er hat Medizin studiert, mehrere Weltreisen unternommen, 1928 eine Forschungsreise nach Afrika. Damals brachte Othegraven den Leopard mit. Er hatte das Tier bei einer Flusspferdjagd in Zentralafrika aufgestöbert. Der Maler erzählte, wie er eine mit Brandwunden bedeckte ältere Leopardin sah: hilflos lagen zwei Junge bei ihr. Die Leopardin starb, das eine der Jungen nahm Othegraven mit nach Deutschland. Das Tier wurde mit Ziegenmilch grossgezogen, zeigte sich anhänglich, treu - zuletzt war es die wesentlichste Einnahmequelle seines Besitzers, der es für Filmaufnahmen vermietete. Othegraven hatte den Leopard Nannosch genannt: d.h. zu deutsch Liebling. Jetzt, am 15. März, an dem sich der Maler wegen der Bestialität seines Leoparden verantworten soll, währe Nannosch gerade drei Jahre alt geworden...

Kampf mit der Polizei.

Der Angeklagte wechselte in Berlin oft seine Wohnung. Immer wieder verlangte die Polizei die Entfernung des gefährlichen Tieres. Der Maler verstand es aber, auf alle mögliche Weise ein Eingreifen der Polizei hinauszuziehen; als er den Leopard dann schliesslich in einen kleinen Tiergarten in einem Berliner Vorort überführen liess, holte er ihn nach kurzer Zeit wieder zurück. Wieder nahm die Polizei ihre Kontrolle vor, die aber zur Unzufriedenheit ausfiel: zuletzt wurde die Tötung des Tieres angedroht. Nannosch kam der Drohung zuvor; der Leopard wurde selbst zum Mörder. Kurze Zeit nach dem entsetzlichen Geschehnis ist Nannosch erschossen worden.

"Verteidigung".

Nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft war die Polizei kurz vor der "Tat" von dem Angeklagten in den Glauben gesetzt worden, dass er das Tier nicht mehr bei sich habe. Othegraven bestreitet diese Behauptung. Im übrigen meint er, dass er die Familie Scharries wiederholt in dem Sinne gewarnt habe, dass die kleine Erika lieber draussen bleiben möge. Vorsitzender: "Es wird behauptet, dass Nannosch Kinder nicht leiden konnte." Angeklagter: "Das stimmt".

Vorsitzender: "Er war misstrauisch?" Angeklagter: "Ja". Und schliesslich meinte der Maler, dass Nannosch sich niemals hätte losreissen können, wenn die Leine gehalten hätte...

Die Mutter.

Frau Scharries ist als Nebenklägerin zugelassen. Sie erklärt, dass sie nicht gewarnt worden sei. Sie berichtet ferner, dass sich der Leopard schon einmal losgerissen hatte, als der Angeklagte nicht in seiner Wohnung war. Othegraven habe ihr selbst erzählt, dass das Tier sich im ganzen schon dreimal losgerissen hätte. Der nächste Zeuge, der Ehemann der Frau Scharries, bekundet: sogar sechsmal. Als er nach dem entsetzlichen Geschehen auf den Leoparden einschlug, um sein Kind zu retten, habe der Angeklagte ihm erregt zugerufen: "Schlagen Sie das Tier nicht tot!"

Das Urteil.

Die Verurteilung des Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis erfolgte im Sinne der Anklage wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung. Ausserdem erhielt Othegraven wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften 150 Mark Geldstrafe zudiktiert. In der Urteilsbegründung erklärt das Gericht, dass die Art, in der das Tier festgebunden gewesen sei, keinen ausreichenden Schutz bedeutet hätte. Auch müsse aufgrund der Beweisaufnahme unterstellt werden, dass Frau Scharries nicht genügend gewarnt worden sei. Ueber eine eventuelle Bewährungsfrist wird sich das Gericht nach Inkrafttreten des Urteils schlüssig werden.

+ + +

Stahlhelm=Rauh verurteilt. Das Potsdamer Schöffengericht verurteilte nach mehrtägiger Verhandlung den Stadtbauinspektor Rauh wegen schwerer und einfacher Bestechung zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis. Rauh hatte einer Potsdamer Baufirma Aufträge erteilt und sich als Gegenleistung Darlehen auszahlen lassen, die er zum Teil an den Stahlhelm weiterleitete. Die beiden mitangeklagten Inhaber der betreffenden Baufirma, die Brüder Werner und Herbert Lillie, wurden wegen Bestechung zu je 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

+ + +

Schultheiss=Prozess. Am Dienstag hatten die Angeklagten im Berliner Schultheiss=Prozess das Schlusswort. Sie betonten ihre Unschuld und baten um Freispruch. Die Urteilsverkündung ist für Sonnabend vorgesehen.

+ + +

Doppelselbstmord. Auf den Bahngleisen bei Königswinter am Rhein fand man die Leichen eines jungen Mannes von 19 Jahren und eines 21-jährigen Mädchens aus Bonn. Beiden Leichen war der Kopf vom Rumpf getrennt. Es liegt Doppelselbstmord vor. Ermitteltes Motiv: Liebeskummer...

+ + +

Zigeunerschlacht. In der Nähe von Schlüchtern bei Fulda entwickelte sich aus einem Streit zwischen mehreren Zigeunerinnen eine regelrechte Zigeunerschlacht. Die Beteiligten gingen mit Aexten, Schlachtmessern, Stöcken und Pflastersteinen aufeinander los. Auf beiden Seiten gab es mehrere Verletzte. Nur mit Mühe konnte die Gendarmerie die Ruhe wieder herstellen und die Zigeuner zum Weiterziehen bewegen.

+ + +

Lebhafter Schweineschmuggel. Der Schmuggel von Zigarren und Zigaretten hat an der holländischen Grenze in der letzten Zeit stark nachgelassen; indes werden jetzt Ferkel in unwahrscheinlich grossen Mengen geschmuggelt. So beschlagnahmten allein in den letzten zwei Wochen die Zollbehörden nicht weniger als 10 000 junge Schweine.

+ + +

Zuchthaustragödie. Auf dem von der Preussischen Justizbehörde verwalteten Gut Plauer Hof bei Brandenburg verübte der ehemalige brandenburgische Zuchthausgefangene Alfred Kühnel, der im Juni 1931 aus der Strafanstalt Brandenburg entlassen worden war, eine schwere Bluttat. Kühnel erschien plötzlich auf dem Gutsgelände und gab an, dass er den Inspektor sprechen wollte. Als er den Gesuchten nicht angetroffen hatte, schlug er den Weg nach der Gefangenenbaracke ein, in der er seinerzeit untergebracht war. Unterwegs traf Kühnel zwei Oberwachtmeister, unter denen er gearbeitet hatte. Auf die Frage, was er wolle, zog Kühnel eine Pistole und schoss beide Beamte nieder. Der eine wurde durch einen Brustschuss schwer, der andere durch einen Treffer in den Arm leicht verletzt. Nach der Tat tötete sich Kühnel durch einen Schuss. Als Motiv der Tragödie wird ein Racheakt vermutet, der zunächst wohl dem Inspektor des Gutes gelten sollte. Der Täter hatte zwei Schusswaffen bei sich.

Sänger - Untreue. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft eröffnete die erste Strafkammer beim Landgericht I in Berlin das Hauptverfahren gegen den Kaufmann Barella wegen fortgesetzter Untreue und Unterschlagung zum Nachteil der Berliner Singakademie und wegen fortgesetzten Betruges an dem Bankhaus Delbrück, Schickler & Co. U.a. wird dem Angeklagten, der in den Jahren 1926 bis 1931 Kassierer der Berliner Singakademie war, zur Last gelegt, etwa 300 000 Mark Kassengelder für sich verbraucht zu haben.

"Gewöhnliche Briefe". Im Bahnpostamt von Wels (Oberösterreich) wurde eine grössere Menge gewöhnlicher Briefe beschlagnahmt, die beträchtliche Quantitäten von Valuten und Devisen enthielten. Die Werte, die vom Ausland her nach Wien eingeschmuggelt werden sollten, wurden der österreichischen Nationalbank überwiesen.

Gerabte Wohlfahrtsunterstützung. In Wolfen bei Bitterfeld wurde von unbekanntem Tätern der Geldschrank der Gemeindekasse aufgeschweisst. Den Einbrechern fielen über 4 000 Mark in die Hände. Das Geld lag zur Zahlung von Wohlfahrtsunterstützungen bereit.

Wieder Zeppelin. Das Luftschiff "Graf Zeppelin", das während des Winters gründlich überholt wurde, führte am Dienstag von Friedrichshafen aus eine mehrstündige Werkstättenfahrt durch. Dr. Eekener nahm an der Fahrt teil. Der nächste Südamerikastart erfolgt am Montag, den 21. März, früh 11 Uhr.

Freispruch Fingerhuts. Am Dienstag wurde vom Schöffengericht Elberfeld das Wiederaufnahmeverfahren gegen den Elberfelder Fabrikanten Fingerhut, der im Jahre 1924 wegen Hehlerei zum Nachteil der Firma Krupp A.-G. zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt worden war, mit dem Freispruch des Angeklagten beendet. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last; der Freispruch erfolgte wegen erwiesener Unschuld. Fingerhut hat das im Jahre 1924 gegen ihn gefällte Urteil zum grössten Teil verbüsst. Seit seiner Freilassung betrieb er das Wiederaufnahmeverfahren, dem aber erst im Jahre 1931 statt gegeben wurde. In dem jetzigen Revisionsprozess musste sich die Firma Krupp, die seinerzeit die Strafanzeige gegen den damals 35 jährigen Generaldirektor der Fingerhutwerke in Wuppertal-Vohwinkel erstattet hatte, von der Haltlosigkeit ihrer Beschuldigungen überzeugen. Die Firma Krupp war der Meinung gewesen, dass Fingerhut von dritter Seite Bohrer gekauft habe, die bei Krupp in Essen gestohlen worden seien sollen.

Todesurteil! Das Schwurgericht Elbing verurteilte den Arbeiter Paul Schimanski aus Stein (Kreis Rosenberg) wegen Ermordung einer 16 jährigen Schülerin zum Tode.



Reichsbank im Katastrophenjahr.

Stark gesteigerte Gewinne.- 12 Prozent Dividende wie im Vorjahr - Millionen für die Bankensanierung.

SPD. Die Reichsbank weist für das Jahr 1931 einen Rohgewinn von insgesamt 209,1 Millionen Mark auf gegenüber 127 Millionen Mark im Vorjahr. Sie hat also eine Gewinnsteigerung erzielt, die dem Institut wohl sehr zu statten kommt, aber hinsichtlich der Ursachen, aus denen heraus diese Gewinnsteigerung zustande kam, alles andere als erwünscht ist. Die Steigerung des Rohgewinnes um über 80 Millionen Mark ist eben die andere Seite der fürchterlichen Kreditkrise, die im Sommer des verflossenen Jahres über Deutschland hereinbrach. Im Geschäftsbericht gibt die Reichsbank darüber eine geradezu dramatische Schilderung.

Unter den fürchterlichen Geldabziehungen, die bereits nach der Hitlerwahl im September 1930 begannen und die der Reichsbank im Jahre 1930 schon rund 1 Milliarde Mark in Gold kosteten, brachen die deutschen Geld- und Kreditmärkte zusammen. Die Reichsbank wurde tatsächlich die einzige Stelle in Deutschland, die noch Kredite geben konnte. Trotz Restriktionen, also Kreditdrosselungen, zu denen sich das Institut entschliessen musste, und trotz der fürchterlichen Schrumpfung der wirtschaftlichen Tätigkeit steigen die von der Reichsbank an die Wirtschaft gegebenen Kredite, steigt der Zahlungsmittelumlauf, steigt nicht zu guter Letzt der Zinssatz und zwar aus dem Grunde, weil sich die Reichsbank zeitweise entschliessen musste, zur Verteidigung der Währung und zur Bekämpfung der Kapitalflucht ihren Zinssatz, den Reichsbankdiskont, auf 15 Prozent zu erhöhen. Die Gewinnsteigerung bei der Reichsbank ist eine Folge der Kreditvermehrung und des gesteigerten Zinssatzes. Die Zusammenhänge gehen aus folgender Zusammenstellung hervor:

	<u>1931</u>	<u>1930</u>
Gesamtumsatz in Milliarden Mark	803,74	861,81
Wechsel- und Scheckkredite in Milliarden Mark	33,31	23,60
Lombardkredite in Milliarden Mark	7,04	7,18
Zinsgewinne aus Wechseln und Schecks in Millionen Mark	178,79	103,29
Zinssatz für Wechsel- und Scheckkredite im Durchschnitt des ganzen Jahres	6,908 %	4,932 %
Zinssatz für Lombardkredite im Durchschnitt des ganzen Jahres	8,583 %	5,932 %
Zahlungsmittelumlauf immer für Ende Dezember in Milliarden Mark	6,675	6,399
Deckung der Noten durch Gold und Devisen immer Ende Dezember	24,2 %	56,2 %
Goldbestände in Millionen Mark Ende Dezember	983,95	2 215,8
Zur Deckung des Notenumlaufs herangezogene Devisen Ende Dezember in Millionen Mk.	172,29	469,24

In diesen Zahlen zeigt sich die ganze Tragödie, die sich während des ver-

flossenen Jahres abgespielt hat. Neben der Ausweitung des Kredits geht eine starke Steigerung der Zinssätze. Im ersten Halbjahr 1931 betrug der Reichsbankdiskont 5 Prozent; er steigerte sich bis zum 1. August 1931 auf 15 Prozent und sank bis Ende des Jahres 1931 auf 7 Prozent ab. Die nationalsozialistische Agitation, die ihre Kosten nicht zuletzt durch die Forderung nach einer Zinssenkung bestritt, hat im Endeffekt zu einer starken Zinssteigerung in Deutschland geführt. Ebenso schlimm wirkte sich der Gold- und der Devisenverlust aus. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen zeigte ihren höchsten Stand Ende Mai 1931 mit 68,4 Prozent; ihren niedrigsten Stand erreichte sie am Jahresabschluss. Um die Währungsreserve einigermaßen intakt zu halten, musste von England, Frankreich, Amerika usw. mit Hilfe der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ein Kredit von 100 Millionen Dollar aufgenommen werden. Ferner hat das Tochterinstitut der Reichsbank, die Golddiskontbank, einen Bereitschaftskredit in Amerika in Höhe von 50 Millionen Dollar in Anspruch genommen und die ihr daraus zugeflossenen Devisen der Reichsbank überlassen. Das Personal hat sich von 9 783 Köpfen Ende 1930 auf 11 880 Köpfe Ende 1931 gesteigert.

Die Gesamteinnahmen, deren Steigerung an das alte Sprichwort erinnert, dass des einen Tod des anderen Brot ist, werden mit rund 209,17 Millionen Mark angegeben gegenüber 127 Millionen Mark im Vorjahre. Die Ausgaben stellen sich für das Jahr 1931 auf 195,83 Millionen Mark gegenüber 87,03 Millionen Mark im Vorjahr. Dieser Posten bedarf einer Erläuterung: Seine Ausweitung hängt mit der Reichsbankpolitik zusammen, die bei der Reorganisation der Grossbanken im Februar 1932 in Erscheinung trat. Die Ausgaben im Jahre 1930 in Höhe von 87,03 Millionen Mark enthalten nur reine Verwaltungskosten. Die Verwaltungskosten sind im Jahre 1931 - wohl eine Folge der Gehalts- und Lohnsenkungen - auf 83,43 Millionen Mark verringert worden. Für das Jahr 1931 hatte die Reichsbank auch, nach dem Reichsbankgesetz, weil die Deckung von 40 Prozent unterschritten wurde, eine Notensteuer aufzubringen und zwar in Höhe von 18,46 Millionen Mark. Weiter weisen die Ausgaben für 1931 noch einen Delkrederefond in Höhe von 93,94 Millionen Mark auf. Insgesamt ergeben sich damit Ausgaben in Höhe von 195,83 Millionen Mark. Dieser Delkrederefond ist so zu verstehen, dass die im Februar sanierten Grossbanken neue Aktien ausgegeben haben. Diese Aktien übernahm die Tochtergesellschaft der Reichsbank, die Golddiskontbank. Sie hat zu diesem Zweck ihr Kapital um 200 Millionen Mark erhöht. Diese 200 Millionen Mark sind restlos von der Reichsbank aufgebracht worden. Die dazu benötigten Mittel flossen aus den Reserven der Reichsbank bzw. aus den 94 Millionen Mark, die im Abschluss für 1931 als Delkrederefond aufgeführt werden. Ihre Politik verteidigt die Reichsbank im Abschluss, indem sie sagt: "Die Reichsbank ist sich der Ungewöhnlichkeit der ergriffenen Massnahmen bewusst. Das unmittelbare und grössere Ziel aber ist, wieder ein funktionsfähiges Bankwesen zur Verfügung zu haben, um der Wirtschaft in ihrem Existenzkampf die Hilfe zu gewähren, deren sie so dringend bedarf. Hätte die Reichsbank diese Beträge nicht in der geschilderten ungewöhnlichen Form eingesetzt, so würde sie entsprechende Summen zur Rückstellung und Abschreibung haben verwenden müssen. Die Reichsbank hat es vorgezogen, statt lediglich bilanzmässiger Korrekturen eine volkswirtschaftliche Reservestellung durch Stärkung des deutschen Kreditapparates vorzunehmen. Es bleibt zu hoffen, dass alle diese Anstrengungen des Reiches und der Reichsbank ihre Wirklich nicht verfehlen werden." Wir können nur hoffen, dass die Massnahmen der Reichsbank auch dazu dienen, grössere Kredite für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Schliesslich handelt es sich hier um eine Ergänzung der Reichsbankmassnahmen. Denn schliesslich nutzt ein saniertes Bankwesen nichts, wenn die Wirtschaft ohne die benötigten Kredite bleibt.

SPD. Die deutsche Handelsbilanz weist für den Monat Februar 1932 einen Ausfuhrüberschuss von rund 86 Millionen Mark auf gegenüber einem Ausfuhrüberschuss von rund 105 Millionen Mark im Januar 1932. Berücksichtigt man die Reparationssachlieferungen in Höhe von 11 Millionen Mark (Januar 1932 = 11,6 Millionen Mark), dann ergibt sich ein Ausfuhrüberschuss von etwa 97 Millionen Mark (Januar 1932 rund 117 Millionen Mark).

Die Tendenz einer Schrumpfung des Ausfuhrüberschusses ist im Monat Februar stärker in Erscheinung getreten. Für einige Staaten, so Amerika, Argentinien und vor allem England - hier wohl infolge des am 1. März in Kraft getretenen allgemeinen Wertzolls von 10 Prozent - ist eine Steigerung des Exports festzustellen. Zurückgegangen ist der Export nach der Tschechoslowakei und nach der Schweiz.

Die Einfuhr wird mit 440,8 Millionen Mark angegeben gegenüber 439,8 Millionen Mark im Vormonat. Da die Einfuhr im Januar infolge der Lagerabrechnungen überhöht angegeben worden ist, ergibt sich für den Monat Februar eine Steigerung von etwa 16 Millionen Mark. Die Einfuhrpreise haben sich weiter verringert; so liegt zweifellos im Monat Februar eine mengenmässige Steigerung der Einfuhr vor. Sie entfällt durchweg auf eine Mehreinfuhr von Rohstoffen (Wolle, Pelzwerk, Tran, Rohtabak, nichtöhlhaltige Sämereien und Thomasphosphatmehl), die sich gegenüber dem Januar um 8 Millionen Mark auf 229 Millionen Mark steigerte. Die Lebensmitteleinfuhr ging von 140,6 auf 132,9 Millionen Mark zurück. Zugenommen hat die Einfuhr von Fleisch und Speck. Die Buttereinfuhr verringerte sich dagegen infolge des erhöhten Butterzolls um nur 4 Millionen Mark. Das Ergebnis steht nicht im Verhältnis zu dem Porzellan, das infolge der Butterzollerhöhung zerschlagen worden ist. Die Fertigwareneinfuhr ist mit etwa 75,6 Millionen Mark gegenüber dem Vormonat gleich geblieben.

Die Warenausfuhr stellt sich einschliesslich der Reparationssachlieferungen auf 537,8 Millionen Mark gegenüber 541,6 Millionen Mark im Januar 1932. Der Rückgang dürfte wohl auf einem Absinken der Preise beruhen. Das Statistische Reichsamt wenigstens rechnet für den Monat Februar mit einer geringen Steigerung des mengenmässigen Absatzes. Die Fertigwarenausfuhr hat sich von 416,8 Millionen Mark auf 423,4 Millionen Mark erhöht. Bei der Rohstoffausfuhr liegt eine Verminderung von 101,6 auf 96,7 Millionen Mark vor. Zurückgegangen ist u. a. die Kohlenausfuhr. Die Lebensmittelausfuhr hat sich von 22,1 auf 15,6 Millionen Mark vermindert. Hier spricht vor allem eine Abnahme der Zuckerausfuhr mit.

Berliner Viehmarkt.

(15. März.)

SPD. Bei reichlichem Auftrieb gaben die Schweine- und Hammelpreise wieder nach. Die Kälberpreise konnten sich besser behaupten.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfd.) - (-), b) (240-300 Pfd.) 40-41 (44-45), c) (200-240 Pfd.) 38-40 (42-44), d) (160-200 Pfd.) 36-38 (40-42), e) (120-160 Pfd.) 33-35 (37-39). Sauen 36-38 (40-42). Schafe: b) 36-38 (37-39), c) 32-35 (33-36), d) 22-30 (22-30). Kälber: b) 43-51 (43-50), c) 32-45 (32-42), d) 20-30 (20-30). Kühe: a) 24-26 (25-27), b) 20-23 (20-23), c) 16-18 (17-19), d) 12-15 (12-15).

Weizen knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 15. März).

SPD. Die Haltung der Berliner Produktenbörse war am Dienstag nicht ganz einheitlich. Während Weizen seinen Preisstand gut behaupten konnte, war die Tendenz für Roggen eher abgeschwächt. Das Angebot an promptem Weizen war gegenüber dem Vortag nicht grösser geworden. Die Mühlen zeigten mässige Kauflust, mussten aber gleichwohl eine Mark mehr als an den Vortagen bezahlen. Der Roggenpreis war wenig verändert. Die Stimmung war sehr ruhig. Für Inlandsroggen hat das Interesse nachgelassen; höhere Forderungen wurden nicht bewilligt. Die Notierungen lauteten unverändert. Am Markte der Zeitgeschäfte war die Umsatzfähigkeit gleichfalls sehr gering. Für Weizen wurden etwas höhere Preise erzielt während die Roggennotierungen eher abbröckelten. Das Mehlgeschäft blieb ausserordentlich ruhig. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Hafer hatte kleine Umsätze, aber stetige Tendenz.

	14. März	15. März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	250 - 252	251 - 253
Roggen	193 - 195	193 - 195
Braugerste	187 - 194	185 - 192
Futter- und Industrierogerste	174 - 183	172 - 180
Hafer	158 - 165	157 - 164
Weizenmehl	31,25 - 34,75	31,25 - 34,75
Roggenmehl	26,90 - 27,90	26,90 - 27,90
Weizenkleie	10,80 - 11,10	10,80 - 11,10
Roggenkleie	10,40 - 10,70	10,40 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 263 $\frac{3}{4}$ -263 $\frac{1}{2}$ plus Brief (Vortag 263), Mai 268-267 $\frac{1}{2}$ Brief (267), Juli - (272), Roggen Mai 203-202 $\frac{1}{2}$ Brief (204), Juli 204 $\frac{1}{2}$ -203 $\frac{1}{2}$ (205 $\frac{1}{2}$), September 190 $\frac{1}{4}$ -189 $\frac{1}{2}$ (192), Hafer März 173 $\frac{1}{2}$ -173 (173 $\frac{1}{2}$), Mai 178-176 $\frac{3}{4}$ (176 $\frac{1}{2}$), Juli 182 $\frac{1}{2}$ (181).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 15. März.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) R#	1,05 - 1,25
" " Weizenstroh " R#	0,75 - 0,85
" " Haferstroh " R#	0,75 - 0,85
" " Gerstenstroh " R#	0,75 - 0,85
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt R#	1,00 - 1,25
Bindfadengepresstes Roggenstroh R#	0,90 - 1,10
" " Weizenstroh R#	0,75 - 0,95
Häcksel R#	1,55 - 1,75
Handelsübliches Heu, gesund und trocken R#	1,30 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken R#	1,90 - 2,30
Luzerne, lose R#	2,40 - 2,70
Thymothee, lose R#	2,35 - 2,70
Kleeheu, lose R#	2,30 - 2,60
Drahtgepresstes Heu R#	0,30 über Notiz.

Tendenz fester.

Gewerkschaftliche Rundschau ✂

Die Rheinreeder auf dem Kriegspfad.

Gibt es noch Treu und Glauben?

SPD. In der Rheinschiffahrt herrscht eine unheimliche Stille. Ein Drittel der Rheinflotte liegt still. Die Häfen muten wie Schiffsfriedhöfe an. Aber nicht nur deshalb ist die Ruhe, die in der Rheinschiffahrt herrscht, unheimlich, - die Stille scheint auch noch eine Stille vor dem Sturm zu sein. Die Rheinreeder wollen, da ihnen die Dezember-Notverordnung ihre Lohnabbauforderungen nicht erfüllen konnte - die Rheinschiffahrtslöhne liegen unter dem Stand vom Januar 1927 - nun auf eigene Faust die Löhne radikal senken. Sie wollen auf's Ganze gehen. Sie wollen das deutsche Rheinschiffahrtspersonal zu Kulis machen.

Der Weg, auf dem die Rheinreeder zu ihrem Ziel zu kommen glauben, ist der der Anarchie. Sie wollen die Tarifverträge zum alten Eisen werfen. Zwei üble taktische Kniffe sind's, mit denen sie gegen das Schiffahrtspersonal vorgehen. Sie vermieten einen Teil ihrer stillgelegten und entmannten Schiffe - so macht es z.B. Haniel am Niederrhein - an ihre Schiffsführer und der neue Arbeitgeber sucht sich dann das nötige Personal zur Bemannung. Der Satz der Schiffsmiete kommt den verminderten Lohnkosten gleich, d.h. die Vermieterei soll den Nachweis bringen, dass die Löhne in der Rheinschiffahrt noch mächtig gesenkt werden können. Der andere Kniff besteht in dem Austritt der Rheinschiffahrtfirmen aus ihrem Arbeitgeberverband. Die ausgeschiedenen Einzelfirmen legen ihrem Personal Reverse zur Unterschrift vor, worin dieses sich verpflichten muss, zu wesentlich schlechteren Löhnen zu arbeiten.

Die Flucht aus dem Arbeitgeberverband zum offenkundigen Zwecke der Zerstörung des Tarifvertrags ist nichts anderes als ein Verstoss gegen Treu und Glauben. Wo soll es hinführen, wenn jede Mitgliedsfirma eines Arbeitgeberverbandes eines Tages mit Zustimmung der ordentlichen Versammlung aus dem Verband ausscheiden und sich damit um die Erfüllung des Tarifvertrags drücken kann? Die Organisationen von Tarifkontrahenten sind doch schliesslich keine Taubenschläge. Wir möchten das Geschrei der Arbeitgeber hören, wenn umgekehrt bei einer günstigen Konjunktur plötzlich die Mitglieder der Gewerkschaften aus ihren Verbänden austreten und erklären wollten, der Tarifvertrag gehe sie nichts mehr an, sie wollten höhere Löhne. Entweder gibt es Verträge, oder es gibt keine. Der Wert eines Vertrages besteht doch in seiner Gegenseitigkeit. Jeder Vertragspartner hat ein Anrecht darauf, dass ihm der Vertrag gerade in dem Augenblick, wo der Gegner stärker ist, Schutz bietet. In der Rheinschiffahrt sind nun fast 95 Prozent der Firmen aus ihrem Arbeitgeberverband ausgetreten. Ganz wollen jedoch auch die Rheinreeder nicht auf ihren Arbeitgeberverband verzichten. Den Verband als solchen lassen sie ruhig bestehen, weil er seinen Einfluss überall dort nicht verlieren soll, wo er - in allen möglichen Körperschaften und Gremien - die wirtschaftlichen und nicht zuletzt auch die sozialpolitischen Interessen der Unternehmer wahrnimmt. Nur den Arbeitern gegenüber will man den Verband zu einer Fiktion machen. Vor dem Arbeiter treibt man mit Austritten aus dem Verband ein Versteckspiel, weil man um den Tarifvertrag herumkommen will.

Ist dieser Unfug nun etwa auch noch "Auflockerung des Tarifvertrages?" So muss man den Reichsarbeitsminister fragen. Wir sind der Auffassung, dass das bereits eine sehr gefährliche Auflockerung darstellt. Was die Rheinreeder

treiben, ist nichts anderes als die Proklamierung des Faustrechts für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Rheinschiffahrt. Der Reichsarbeitsminister sollte hier rechtzeitig nach dem Rechten sehen; denn auch böse Beispiele wirken ansteckend. Was die Rheinreeder können, können schliesslich auch andere Arbeitgeber anderer Gewerbegebiete. Wenn aber erst einmal das Beispiel der Rheinreeder Schule macht, dann bedeutet das eine schwere Bedrohung des sozialen Friedens.

In der Rheinschiffahrt würde das Personal, wenn man die Reeder gehen liesse, zu Kulis gemacht. Jedenfalls ist das Ziel der Reeder, die deutschen Löhne mindestens auf das holländische Niveau herabzudrücken. Die Löhne in der deutschen Rheinschiffahrt, standen aber von jeher günstiger als in Holland - auch schon vor dem Krieg. Nun ist in Holland, wo das deutsche Kapital in den Rheinreederfirmen steckt, der Tarifvertrag zum 30. März gekündigt. Zweifellos ist das auf Einwirkung der deutschen Inhaber holländischer Firmen geschehen. Die Arbeitgeber, die zwei Eisen im Feuer haben, verlangen in Holland neben Verschlechterung der Arbeitsbedingungen 15 Prozent Lohnabbau. Würde der deutsche Lohnstand dem holländischen angepasst, eventuell auch noch einen holländischen Abbau, dann würde das für das deutsche Rheinschiffahrtspersonal einen Rückschlag bis auf den Stand 1904/5 bedeuten.

Ob sich das die Arbeitnehmer gefallen lassen? Wenn es nicht anders sein soll, dann können von ihnen eines Tages auch internationale Massnahmen gegen den Lohnabbau in der Rheinschiffahrt getroffen werden. Kommt es aber zu einer solchen internationalen Abwehraktion der Gewerkschaften auf dem Rhein, dann muss naturgemäss davon die Wirtschaft im Westen und Südwesten scharf betroffen werden.

Das Reichsarbeitsministerium muss sich also wohl überlegen, was es tun will. Sorgt es nicht dafür, dass mit den Einzelfirmen dergleiche Vertrag abgeschlossen wird, wie er bisher mit ihrem Arbeitgeberverband bestand, können die Rheinreeder nach Belieben tarifbrüchig werden - wir beneiden dann das Reichsarbeitsministerium nicht um seine Verantwortung.

SPD. Die Anträge des Deutschen Buchdruckervereins zu den Manteltarifverhandlungen sind ein richtiger Distelstrauss. Sie haben in der Arbeitnehmerschaft Erbitterung und Empörung hervorgerufen. Ueberall wimmelt es von Verschlechterungen, sodass es schwer fällt, die Forderungen der Arbeitgeber ernst zu nehmen.

In der Arbeitszeit nicht die geringste Rücksichtnahme auf die ungeheure Arbeitslosigkeit. Bei den Ueberstunden Kürzung der Aufschläge auf 20 Prozent des üblichen Stundenverdienstes und Aufrechterhaltung der bisherigen Leistungspflicht trotz des ungeheuren Arbeitslosenelends! In der Lohnfrage Untergrabung des Wochenlohns durch Vereinbarungsfreiheit von Stundenlöhnen im Einzelarbeitsvertrage. Man will die Lohnabstufungen nach unten erweitern, den Maschinensetzerzuschlag um die Hälfte und den der Korrektoren um ein Drittel kürzen. Die zentrale Festsetzung der Ortszuschläge möchte man kreisweise auflockern und der Entlohnung in anderen Gewerben anpassen. Die übertariflichen Lohnanteile sollen ohne Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages mit nur wöchentlicher Kündigung geändert werden können. Die bezahlten Feiertage sollen nach den Anträgen der Unternehmer von bisher 8 auf höchstens 5 herabgesetzt werden. Für Sonntagsarbeit will man nicht nur einen direkten Zwang festlegen, sondern auch noch die bisherigen tariflichen Entschädigungen empfindlich schmälern. Die Zahl der Urlaubstage will man wesentlich herabsetzen. Dem Lehrling will man das Kostgeld um nahezu 50 Prozent schmälern usw. usw. -

Die Arbeitnehmer danken für solche Perlen.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 15. März 1932

Einzigster Punkt der Tagesordnung des Landtages ist die Einbringung des Haushaltsplanes für 1932.

Finanzminister Dr. Klepper:

Die preussischen Etats waren bis zum Jahre 1930 ausgeglichen. Das Jahr 1930 brachte einen Fehlbetrag von rund 200 Millionen. Das Jahr 1931 dürfte mit einem Fehlbetrag von rund 245 Millionen abschliessen. Für das Jahr 1932 mussten eine Anzahl von Ausgaben in den Haushalt übernommen werden, die bisher aus - jetzt unerreichbaren - Anleihen bestritten wurden. Auf der Einnahmeseite werden die Ertragnisse der Betriebsverwaltungen um rund 32 Millionen zurückgehen; entscheidend sind hier vor allem die schlechten Holzpreise. Die Ueberweisungssteuern des Reiches werden um rund 258 Millionen geringer werden. Die Hauszinssteuer wird infolge der reichsrechtlich vorgeschriebenen Senkung um 20 Prozent und infolge der verschlechterten Wirtschaftslage nur noch 540 Millionen bringen, um rund 400 Millionen weniger als im Jahre 1930. Bei der Grundvermögenssteuer ist ein Rückgang um 35 Millionen zu erwarten, und die übrigen Einnahmen der Allgemeinen Finanzverwaltung sind ebenfalls geringer anzusetzen. Einnahmever schlechterung und Ausgabensteigerung ergeben zusammen gegenüber dem vorjährigen Etat eine Gesamtverschlechterung um 478,6 Millionen.

Der Etatausgleich ist im wesentlichen auf der Ausgabenseite herbeigeführt worden. Die Betriebsfonds sind um 15 bis 30 Prozent, die Dispositionsfonds um 50 Prozent, die einmaligen Ausgaben bis zu 66 $\frac{2}{3}$ Prozent gekürzt worden. In Verbindung mit den Notverordnungen sind dadurch an persönlichen Ausgaben 207 Millionen, bei den sachlichen Ausgaben 75 Millionen gespart worden. Weitere einschneidende Abstriche wurden an fast allen Sonderhaushalten vorgenommen. Die Gesamtkürzung der Ausgaben erreicht 376,6 Millionen. Für die restlichen 100 Millionen wird nach dem getroffenen Abkommen das Reich gegen Abtretung der preussischen Siedlungsfinanzierungsgesellschaften aufkommen. Der Etat schliesst also in Einnahme und Ausgabe mit 3,1 Milliarden ab, um $\frac{3}{4}$ Milliarden weniger als im Vorjahr. Nach Abzug der nur durchlaufenden Posten balanzieren Einnahme und Ausgabe mit rund 1,9 Milliarden.

Dieser Ausgleich des Haushaltsvoranschlags ist echt, nicht nur fiktiv. Die Kürzung der Aufwendungen für die Verwaltungstätigkeit wird durchgeführt werden. Die wirtschaftspolitischen Aufwendungen des Staates müssen ihre Grenze in seiner finanziellen Leistungsfähigkeit finden. Darum hat städtische und ländliche Siedlung weitgehend gedrosselt werden müssen. Die Finanzierung der ländlichen Siedlung muss, nachdem Preussen dafür seine Staatsbank mit 70 Millionen Siedlungsvorschüssen herangezogen hat, in Zukunft beim Reich konzentriert sein. Der vom Reich gezahlte Preis von 100 Millionen für die preussische Siedlungsbeteiligungen ist angemessen. Es handelt sich dabei nicht um eine Defizitverschiebung auf das Reich, denn selbstverständlich wird das Reich trotz dieser 100 Millionen einen ausgeglichenen Etat aufstellen. Die Einnahmen Preussens sind vorsichtig geschätzt, enthalten aber keine Reserve für eine etwa eintretende weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage.

Das Gesamtbild des Etats zeigt keine befriedigende finanzwirtschaftliche Entwicklung. Die nächsten Jahre werden namentlich bei der Hauszinssteuer weitere Einnahmever schlechterungen bringen. Ausserdem muss eine verstärkte Schuldenentilgung einsetzen. Seit der grossen Finanzkrise des Sommers ist rein kassemässig der Staat mit seiner Finanzgebahrung an das Risiko des Kreditmarktes geknüpft. Wie den Gemeinden, so kann man auch allen öffentlichen Körperschaften den Vorwurf machen, dass sie bei aufsteigender Konjunktur ihre Ausgaben über-

steigert haben. Aber gerade bei den Gemeinden kommt die schwere Notlage nicht aus leichtfertiger Ausgabenwirtschaft, sondern daher, dass man ihnen das letzte Risiko des Arbeitsmarktes aufgebürdet hat, ohne ihnen auf der Einnahmeseite entsprechende Möglichkeiten zu bieten. Nur wenige Kommunen werden daher in diesem Jahr einen ausgeglichenen Etat vorlegen, und die Kassenlage der Gemeinden in den Industriegebieten ist der eigentliche Gefahrenpunkt der Finanzwirtschaft. Staat und Gemeinden haben unmöglich ihre Ausgaben in gleichem Tempo vermindern können, wie das Absinken der Einnahmen vor sich ging. Bei derartigen Zuständen ist in einem komplizierten Finanzsystem die Versuchung gross, die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens durch illegitime Geldschöpfung zu überwinden. Einer solchen Versuchung nachgeben hiesse in Deutschland in kürzester Frist eine Katastrophe heraufbeschwören. (Sehr wahr!) Deshalb muss der Staatsfinanzbedarf unter allen Umständen dauernd durch echte Einnahmen gedeckt werden. Die preussischen Einsparungsmöglichkeiten sind erschöpft. Auch eine weitere Ausdehnung der Reichsverwaltung würde keine Ersparnisse, sondern nur Doppelarbeit bringen. Die preussische Verwaltungsreform muss den Geltungsbereich der Behörden raummässig den veränderten Verkehrsverhältnissen anpassen, die Sonderverwaltungen zur Staatsverwaltung zurückführen und möglichst viele Staatsfunktionen an die Selbstverwaltungskörper abgeben. Aber diese Verwaltungsreform allein wird ohne Finanzreform die Finanzschwierigkeiten nicht überwinden. Entweder das Reich übernimmt die Garantie für feste Zuschüsse an Staat und Gemeinden oder die Konzentration der Steuerhoheit und des Steueraufkommens beim Reich muss gelockert werden. (Sehr wahr!)

In den letzten Jahren ist mit grossem Eifer der Gedanke verfochten worden die Wirtschaft durch Steuerentlastung anzukurbeln. Alle wirtschaftsgeschichtliche Erfahrung widerspricht der Möglichkeit, den Konjunkturablauf durch derartige staatsfinanzielle Massnahmen beeinflussen zu können. Noch niemals hat straffe Steuerpolitik eine Hochkonjunktur verhindert. Aber zahllos sind die Beispiele dafür, dass eine schlaaffe Finanzpolitik Währung und Wirtschaft ruinieren kann. Dieser Gefahr müssen wir bewusst entgegentreten. So rigoros wir die Staatsausgaben gesenkt haben, so hart müssen wir dem Staat die Einnahmen verschaffen, die er zur Aufrechterhaltung seiner Tätigkeit braucht. Den Gemeinden kann nicht durch die notwendigen Sanierungsbeihilfen, sondern nur dadurch endgültige Sicherheit gegeben werden, dass man ihnen das letzte Risiko der Konjunktur und der Erwerbslosenversorgung abnimmt.

Entscheidend für die Finanzentwicklung des Staates ist letzten Endes die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Keine Autarkie, keine geschlossene Wirtschaft kann Deutschland neuer Wirtschaftsblüte entgegenführen. Der Sinn der ganzen modernen wirtschaftlichen Entwicklung besteht nicht in Hemmung, sondern in Erleichterung des zwischenstaatlichen Güteraustausches. Bis diese erreicht wird, muss die Staatsfinanzpolitik eine Gefährdung von Währung und Wirtschaft abwehren. Eine neue Inflation würde wieder die breite Masse der wirtschaftlich Schwachen am stärksten treffen. Darum hat auch eine bewusst sozialfortschrittliche Regierung wie die Preussische Staatsregierung die innere Berechtigung zu der Härte ihrer augenblicklichen Finanzpolitik. (Bravo bei den Regierungsparteien.)

Weiterberatung des Etats Mittwoch Mittag 12 Uhr.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 15. März (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag, der am Dienstag wieder zusammentrat, wird den ihm vorgelegten Haushaltsplan für 1932 nicht mehr verabschieden. Er wird nach den Beschlüssen des Ältestenrats nur noch die erste Lesung des Etats durchführen. Dabei werden selbstverständlich wehiger Finanzreden als Wahlreden gehalten werden.

Trotzdem darf man der Preussischen Regierung und ihrem neuen Finanzminister Dr. Klepper dankbar sein, dass sie den Etat für 1932 noch ordnungsmässig eingebracht haben. Er gibt ein geradezu rührendes Bild von dem Ringen einer verantwortungsbewussten Staatsregierung, trotz des Wütens der Wirtschaftskrise, die Ordnung im Staatshaushalt aufrecht zu erhalten.

Infolge der Wirtschaftsnot aber auch infolge der Gesetzgebung des Reiches z. B. auf dem Gebiet der Hauszinssteuer sind die preussischen Staatseinnahmen rapide gesunken. Die Wirtschaftskrise hat die Ueberschüsse der Staatsbetriebe restlos aufgeessen; beim Forsthaushalt haben die niedrigen Holzpreise sogar zu einem Fehlbetrag gezwungen. Die Finanzkrise des vorigen Sommers hat Preussen den Anleihemarkt endgültig verschlossen und zu akuten Kassenschwierigkeiten geführt. Aus dem Finanzministerexposé des Finanzministers ins Deutsche übersetzt bedeutet das, dass an jedem Ersten die Sorge akut wird, wie man noch Löhne, Gehälter und Unterstützungen auszahlen kann. Diese Situation hat die Preussische Staatsregierung zu rücksichtsloser Einschränkung der Ausgaben um dreiviertel Milliarden gezwungen. Der Finanzminister liess keinen Zweifel darüber, dass auf diesem Wege auch die Kulturausgaben haben leiden müssen und Beamte und Lehrer teilweise geradezu in Not geraten sind. Aber er betonte mit allem Nachdruck, dass ein Nichtausgleichen des Staatshaushalts, eine Inflation die breiten Volksmassen noch viel schwerer geschädigt hätte.

Die Kommunisten, die sich krampfhaft bemühten, nach ihrer Niederlage bei der Reichspräsidentenwahl Munterkeit vorzutäuschen, machten sich den Scherz, dem ernsthaften und aufrichtigen Bericht des Finanzministers in Zwischenrufen als Bankrotterklärung hinzustellen. Sie hatten es stimmlich leicht, weil Fünfzig immer lauter brüllen können als einer und zudem der Preussische Finanzminister nach einer schweren Grippe heute zum ersten Mal wieder das Bett verlassen hatte. Aber mit vollem Recht entgegnete ihnen sachlich durchschlagend Klepper, dass ein grosses Gemeinwesen in der heutigen Zeit eben nicht bankrott gehe, ohne vorher illegitime Zahlungsmittel gedruckt zu haben. Und gerade gegen diese Inflationsgefahr hat die gegenwärtige Preussische Staatsregierung unerschütterlich angekämpft.

Finanzminister Klepper hatte seine Ausführungen mit einem Dank an seinen Vorgänger, den Finanzminister Dr. Höpker=Aschoff begonnen. Aber er tat gut daran, im Verlauf seiner Rede ehrlicher Weise auch den Unterschied in der Denkart zwischen ihm und seinem Vorgänger offen herauszustellen. Höpker=Aschoff ist einer der Propagandisten der Besitzsteuer=Senkung gewesen. Klepper sprach die einfache Wahrheit aus, dass noch nie eine straffe Finanzpolitik eine Hochkonjunktur verhindert hätte, wohl aber zeige die Wirtschaftsgeschichte hunderte von Beispielen dafür, dass schlaaffe Finanzpolitik Währung und Wirtschaft zerstört hätte. Wenn die preussischen Wähler vernünftig entscheiden und die gegenwärtige Regierung bestätigen, dann haben sie die Sicherheit, dass auch weiterhin für Ordnung im Staatshaushalt und Ordnung im Staat überhaupt gesorgt ist. Es war ein gutes Wort, mit dem Klepper seine Etatrede schloss, dass gerade eine bewusst sozialfortschrittliche Regierung den Mut zu einer harten Finanzpolitik haben müsse.

Die Etatdebatte beginnt am Mittwoch.
